

- ➔ der Arbeitszeit thematisieren und z. B. Mitarbeiter-Vorgesetzte-Gespräche vorsehen. Weiterhin sollten die Dienstvereinbarungen Festlegungen treffen, wie mit den Ergebnissen der Arbeitszeiterfassung sinnvoll umzugehen ist:
- Auf welche Weise sind die Ergebnisse für eine realistische Zeitbemessung nutzbar zu machen? Welche weiteren Maßnahmen der Arbeitszeiterfassung sind ggf. sinnvoll?
 - Was passiert mit Überstunden? Werden diese vergütet? Werden Arbeitszeitkonten angelegt, innerhalb derer ein Ausgleich über einen längeren Zeitraum erfolgt?

- Was können Beschäftigte im Konfliktfall tun?

Die Diskussion dazu steht erst am Anfang, aber sie ist dringend notwendig.

Neben den in den Fußnoten genannten Literaturhinweisen können auf Nachfrage bei der Landesfachgruppe HuF weitere Literaturempfehlungen unter huf@gew-brandenburg.com abgerufen werden.

Dr. Bernhard Bielick, Dr. Uta Sändig,
Leitungsteam der Landesfachgruppe HuF

Bundesweite Studierendenproteste: In Not geratenen Studierenden eine Stimme geben

Am 8. Juni luden die GEW-Studis Brandenburg sowie die Brandenburgische Studierendenvertretung BrandStuVe zu einem Pressegespräch unter freiem Himmel vor dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Potsdam, bei dem sie auf die prekäre Situation der Studierenden aufmerksam machten, die aufgrund der Corona-Pandemie ihre Teilzeitarbeitsplätze in der Gastronomie, in Kultureinrichtungen oder im Einzelhandel verloren haben und so in Existenznot geraten sind. Im Streitgespräch mit der Ministerin Dr. Manja Schüle forderten sie unbürokratische Soforthilfen statt Krediten und Langzeitschulden. Jonathan Wiegers, BrandStuVe, übergab der Ministerin ein Paket mit Briefen, in denen in Not geratene Studierende ihre Situation schilderten (➔ **Foto rechts**). Unterstützung erfuhren die Studierenden seitens der wissenschaftspolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen von SPD, Elke Hildebrand, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sarah Damus, und LINKEN, Isabelle Vandré. Die Ministerin zeigte durchaus Verständnis für die Forderungen der Studierenden und wies darauf hin, dass es an der Zeit sei, das BAföG grundlegend zu reformieren, um es der gewandelten Lebenswirklichkeit der jetzigen Studierendengeneration anzupassen. Fazit: Eine gelungene Veranstaltung mit viel Medienecho als Mobilisierungsaufakt für die Demonstration am 20. Juni in Berlin.

Bernhard Bielick

Am 20. Juni hatte das Bündnis „Solidarsemester 2020“ zu einer Demonstration aufgerufen. An diesem verregneten Nachmittag versammelten sich ca. 350 Personen auf dem Vorplatz des Berliner Hauptbahnhofs,



Foto: Bernhard Bielick

um ihren Unmut über die unterlassene Hilfeleistung des Bildungsministeriums kundzutun. Stellvertretend für eine Million Studierende, die nach Angabe des Bündnisses durch die Corona-Krise in eine finanzielle Notlage geraten sind, forderten die Demonstrierenden eine Aufstockung des Hilfsfonds von bisher lediglich 100 Millionen auf mindestens eine Milliarde Euro (➔ **Fotos unten**).



Fotos: Kay Herschelmann (2)